Deutscher Reichstag.

125. Sitzung vom 16. November. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Marschall, v. Bötticher, v. Goßler u. a.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Auch Graf Herbert Bismarck ist anwesend. Die Tribünen sind bis auf den letzten Platz gefüllt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung folgender Interpellation des Abg. Grafen Hompesch:

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben:

1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland bestanden hat;
2. im Falle ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern;
3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?

Nachdem auf Anfrage des Präsidenten Frhrn. **v. Buol** sich der Reichskanzler Fürst **Hohenlohe** zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält zunächst zu ihrer Begründung das Wort:

Abg. Graf **Hompesch** (Ctr.): Ein vielbesprochener Vorgang hat in weiten Kreisen des Volkes lebhafte Bewegung und Beunruhigung erregt und das hat uns zu unserer Interpellation veranlaßt. Das deutsche Volk hat ein Recht zu verlangen, Auskunft zu erhalten, ob diese Enthüllungen eines Hamburger Blattes auf Wahrheit beruhen. Der „Reichsanzeiger" hat allerdings schon eine Antwort gegeben, aber diese kann nicht genügen. Es würde uns zu großer Befriedigung gereichen, wenn der Leiter der auswärtigen Politik uns die Versicherung geben könnte, daß wir nach wie vor fest an unserem Verhältnisse zu unseren Verbündeten festhalten und daß durch die Hamburger Enthüllungen keine Trübung in diesem Verhältniß eingetreten ist. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst **Hohenlohe**: Auf die Interpellation habe ich folgendes zu erwidern. Ueber die Verhandlungen, die von 1884—1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche stattgefunden haben, ist seiner Zeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem aus diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bezeichnet werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebniß der Verhandlungen amtliche Auskunft zu ertheilen. — Was sodann die Haltung der deutschen Regierung gegenüber Rußland im Jahre 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Auskunft nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts darzulegen, welcher damals an diesen Berathungen theilnahm. Auf Grund des vorhandenen Materials kann ich aber nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Regierung leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. (Hört! hört! im Centrum). Dabei kann ich noch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland als Folge dieser Politik sich nicht gezeigt hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Lebhaftes Hört! hört! links und im Centrum.) — Was die dritte Frage betrifft, welchen Einfluß die jüngsten Enthüllungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich erklären zu können, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick in einigen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, wieder geschwunden ist, und daß unser Verhältniß zu den Verbündeten wieder getragen ist von unbedingtem gegenseitigem Vertrauen. (Lebhaftes Bravo!) Desgleichen haben aber auch unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundliche zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall**: Wenn ich auf die deutsche Politik gegenüber Rußland eingehe, so bin ich mir der großen Schwierigkeiten meiner Aufgabe wohl bewußt. Ich bitte, von mir keine Enthüllungen zu erwarten; ich habe dazu nicht die Ermächtigung; sie würden auch voraussichtlich den Streit nur vermehren, und an Streit haben wir genug im Lande. (Sehr richtig!) Meine Aufgabe ist die Beleuchtung gewisser Angriffe, so weit deren Abwehr im allgemeinen Interesse nach außen und innen hin geboten ist.

In dem jüngsten Streit sind zwei Anklagen hervorgetreten, die sich nach diametral entgegengesetzter Richtung bewegen. Die eine ist, daß die deutsche Politik nach dem Jahre 1890 schwere Fehler begangen, eine wichtige Sicherung der Friedensgarantien preisgegeben habe, und die andere Anklage, die sich gegen die Politik von 1890 richtet, mit der Behauptung, daß damals mit einem anderen Staate Dinge verabredet worden seien, die im Widerspruch stehen mit bestehenden Verträgen. Von diesen Anklagen wiegt die letztere am schwersten. Denn sie trifft uns an einer Stelle, wo wir mit einem gewissen Stolze sagen können, daß wir am empfindlichsten sind (Sehr wahr!), und darum wende ich mich zunächst gegen diese Anklage und weise mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurück, als ob damals von deutscher Seite mit irgend einem Staate etwas verabredet worden sei, was unvereinbar mit den bestehenden Verträgen ist. (Beifall.) Das ist nicht geschehen (Hört, hört!), nicht dem Wortlaute nach und dem Geiste nach. Denn was je von uns verabredet wurde, sollte dem Frieden dienen. Wo immer dieser Vorwurf sein Haupt erhebt, sollten alle Deutschen zusammenstehen, um ihn zurückzuweisen. (Beifall.) Denn wenn er Boden fassen könnte, er würde uns zum Schaden gereichen und unseren Feinden zur Freude und Genugthuung.

Weit schwieriger ist die Abwehr der zweiten Anklage; meine Ausführungen sind hier eng begrenzt. Ich kann nur im Wege einer akademischen Darstellung die Gründe angeben, warum die deutsche Politik im Jahre 1890 den genannten Weg gegangen ist.

Ich knüpfe an die jüngsten Enthüllungen an und an den Grundsatz, der damals aufgestellt worden ist, daß in den Vertragsbeziehungen der Länder untereinander die Rückversicherung die Sicherung des Friedens stärke. Wenn auch der staatsmännische Gedanke in seinen letzten Konsequenzen dahin führen könnte, in Verträgen einen allgemeinen Weltfrieden dauernd zu sichern, so ist doch zweifelhaft, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und der Verträge auch der innere Werth jedes einzelnen sich steigert, und nicht umgekehrt die Gefahr entsteht, daß die mehrfache Sicherung gerade im entscheidenden Augenblicke versagt. Die Kriege, die verständigerweise im Angriff geführt werden, gehören der Vergangenheit, der Geschichte an. Selbst bei den Nationen, die Grund zu haben glauben, mit ihrem Loos unzufrieden zu sein, besteht heute ein so niederhaltendes Friedensbedürfniß, gesteigert durch die allgemeine Wehrpflicht, durch die Scheu vor den Wirkungen der modernen Kriege, daß jede Regierung, die zum Kriege entschlossen ist, alles aufwendet, schon der eigenen Bevölkerung wegen, um von sich das Odium des Angriffs abzuwehren. In der Frage: Wer ist der angegriffene Theil? wird in der Jetztzeit dem freien Ermessen ein weiterer Spielraum gelassen, und daraus folgt, daß ein Bündnißvertrag, der wirksam werden soll, im Falle eines Angriffs doch nur dann Werth verdient, wenn bei den Verbündeten jeden Augenblick auf die Gesinnung gerechnet werden darf, die genügt macht, als Verfechter der gerechten Sache und nicht als Angreifer uns zu zeigen. (Sehr richtig!) Diese Gesinnung kann man nicht in Paragraphen fassen, sie muß erworben, erhalten und gepflegt werden. Sie entsteht nicht mit dem Vertrauen, sie braucht auch nicht mit dem Ablauf des Vertrages aufzuhören, sie besteht im letzten Ende bei Regierenden wie Regierten auf dem Bewußtsein, daß die Erhaltung der beiderseitigen Machtstellung im gemeinsamen Interesse liegt (Beifall), auf der gegenseitigen vertrauensvollen Ueberzeugung, daß das, was der eine verlangt, der andere auch unweigerlich wird leisten können. Diese Faktoren bestimmen den inneren Werth der Bündnisse. Hier ist der Punkt, wo die Lehre versagt, daß auf politische Dinge Erwägungen einwirken, und die abstrakt formale Betrachtung, daß die Rückversicherung die Versicherung stärkt, hält gegenüber diesen Erwägungen nicht Stand. Es wird stets auf die konkreten Umstände ankommen. Die letzte Frage wird sein: Wirkt die Existenz eines zweiten Bündnisses auf das erste und umgekehrt? Das Material zu dieser Betrachtung entnehme ich den jüngsten Enthüllungen. Es wird behauptet, daß bis 1890 zwischen Deutschland und Rußland volles Einvernehmen geherrscht habe, daß, wenn eines dieser beiden Länder angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral sich verhalten sollte. Ob das zutrifft, kann ich nicht sagen, aber ich weiß, daß in dem Paragraphen I unseres Vertrages mit Oesterreich wir Oesterreich gegenüber verpflichtet sind, wenn es von Rußland angegriffen wird, ihm mit unserer ganzen Kriegsmacht beizuspringen. Diese Bestimmungen sind durchaus vereinbar. Aber wenn das richtig ist, was in den Enthüllungen steht, dann könnten wir in die Lage kommen, daß, wenn ein Krieg zwischen den Verbündeten ausbricht, wir von der einen Seite angegangen werden um wohlwollende Neutralität, von der anderen Seite um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. (Sehr richtig!) Wir müßten dann die Frage entscheiden: Wer ist der Angreifende und wer der Angreifer? Man sagt, das sei Theorie, das werde sich in der Praxis nicht so gestalten. Das gebe ich unbedingt zu. Für mich hat die Betrachtung nur Werth als ein Beispiel. Bei keinem der Verbündeten wird die Ansicht geschwächt, daß wir dem Vertrage die Auslegung geben, die unseren Interessen entspricht und ohne die der Vertrag werthlos ist. Und hier komme ich auf die schwache Stelle. Als im Jahre 1879 der deutsche Vertrag mit Oesterreich-Ungarn geschlossen wurde, war in einer besonderen Bestimmung vorgesehen, daß trotz der unbedingten Geheimhaltung Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland vertrauensvoll Mittheilung gemacht werden sollte. Das ist geschehen. Es genügt also der Hinweis hierauf, um klarzustellen, daß die unbedingte, unbeschränkte Geheimhaltung von Verträgen für beide Theile die Möglichkeit von Schwierigkeiten und von Mißverständnissen enthält, die die Quelle von Unruhen und von Faktoren werden kann, die auf ganz unberechenbaren Einflüssen beruhen. Wenn ein Staatsmann wie Bismarck die feste Zuversicht hatte, alle derartigen Schwierigkeiten überwinden zu können, so bin ich gar nicht berechtigt, dies zu untersuchen; aber ich spreche ganz freimüthig aus, daß die Staatskunst des Fürsten Bismarck so hoch steht in der Anerkennung der gebildeten Welt, daß es keiner Bestätigung durch die Verkörperung einzelner Handlungen bedarf (Sehr richtig!), und der Dank, den das deutsche Volk und seine Fürsten dem ersten Reichskanzler schulden, läßt sich durch Angriffe auf den Reichskanzler nicht abschwächen.

Nach dem Gesagten wird jeder Unbefangene zugeben, daß die Frage, um die es sich hier handelt, doch einer sehr verschiedenartigen Beurtheilung fähig sei, und daß ein Mann in meiner Stellung in so wichtigen Entscheidungen sich nicht auf eine Autorität beruft, sondern nach der inneren Ueberzeugung spricht. Wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck über die Rückversicherung eine andere Auffassung gehabt hat, wenn er in der unbedingten Geheimhaltung gewisse Gefahren sieht, ja selbst zweifelhaft wird, ob nicht die Friedensgarantien dadurch gemindert werden können, so mag man diese Anschauung kritisiren und bekämpfen; aber ich meine, die Ueberzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes ist erhaben über die Angriffe, die man gegen ihn schleudert. Der Begriff englische Einflüsse ist unfaßbar, und die Gründe sind nicht zu verstehen, die den Reichskanzler von Caprivi bewogen haben sollten, deshalb den Vertrag mit Rußland nicht zu erneuern. Die Folgezeit hat gelehrt, daß die damalige Unterlassung der Erneuerung nicht zu verminderten Friedensgarantien für Deutschland geführt hat. Ist in jenen sechs Jahren jemals eine akute Kriegsgefahr entstanden? Nein. Man sagt, jene Politik habe die Beziehungen zu Rußland verschlechtert. Ich widerstehe der Versuchung, einen Vergleich eintreten zu lassen zwischen den Beziehungen zu Rußland vor und nach 1890. Dieser Vergleich ist nicht nützlich, kann zu einem positiven Ergebniß nicht führen. Es wird stets ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck bleiben, daß er es in schwierigen Zeiten durchgeführt hat, unsere Beziehungen zu Rußland gut und freundschaftlich zu erhalten, sie nutzbar zu machen für den Fall des Krieges und indirekt zur Wahrung des Friedens. Die Geschichte wird dieses Verdienst in ein noch helleres Licht stellen, als ich es heute gethan habe. (Lebhafter Beifall.) Ich meine aber, es heißt das Verdienst des Fürsten Bismarck verkleinern und unterschätzen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß vor 1890 diese Beziehungen keine andere Grundlage gehabt hätten als das zerbrechliche Krystall von Abmachungen, die von Zeit zu Zeit erneuert werden mußten. So liegt die Sache nicht. Unsere Beziehungen zu Rußland beruhen auf einer festeren Grundlage, auf der Freundschaft der herrschenden Familien, auf der Friedensliebe der Souveräne und der Regierungen, auf Achtung der Verträge und dem gemeinsamen Wunsche, ihnen überall Geltung zu verschaffen; und wenn einst unsere Archive geöffnet werden, dann wird sich zeigen, daß auch nach 1890 die deutsche Politik mit Erfolg bestrebt gewesen ist, auf dieser Grundlage die Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, und es ist auch jetzdem keine einzige ernstliche politische Differenz entstanden. Die Behauptung in der Presse, wir hätten den Faden mit Rußland im Jahre 1890 zerrissen, wird hiernach zu ihrer Begründung eines besseren Materials bedürfen als des Hinweis auf englische Einflüsse, von denen ich überhaupt bezweifle, daß sie jemals der Geschichte angehören werden. (Sehr richtig!)

Man sagte, wir hätten damals einen festen Schutzwall nach jeder Seite hin gehabt. Aber ich erinnere daran, daß 1889 der Boulangismus mächtig sein Haupt erhob, daß die Gefahren, die damals drohten, sehr große waren. Daß Rußland niemals eine unprovozirte Friedensstörung unterstützt, diese Zuversicht ist heute ebenso fest wie damals. Auch der Vorwurf, die deutsche Politik von 1890 für das russisch-französische Bündniß verantwortlich zu machen, ist nicht begründet. Der Gedanke, daß ein Vertrag, wie er in Frage steht, imstande sei, den Keil zwischen zwei großen Nationen zu treiben, die vielfach gemeinsame Beziehungen innerhalb und außerhalb Europas haben, ist doch eine gewaltige Ueberschätzung, und der Beweis wäre nicht schwer zu führen, daß in früheren Zeiten solche Abmachungen solchen Einfluß ausgeübt haben.

In diesem Vorwurfe liegt aber auch noch etwas ganz Eigenartiges. Man rühmt die Staatskunst, die es verstanden habe, neben unseren Verträgen mit den Dreibundsmächten einen anderen Vertrag mit einer dritten Macht abzuschließen. Aber man rühmt gleichzeitig, daß dadurch die dritte Macht außer Stande gesetzt worden sei, neben diesem Vertrag einen anderen abzuschließen. Aber wenn der Dreibund uns nicht gehindert hat, eine Abmachung mit einer dritten Macht zu treffen, warum soll denn da der Dritte verhindert sein, mit einer anderen Macht die Annäherung zu suchen und dort die Rückversicherung zu nehmen? (Sehr gut!) Wenn nun der Dritte ebenjogut wie wir mit einem Anderen einen Vertrag abgeschlossen hat, so darf man darüber nicht erstaunen. Die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich datiren nicht von 1890, sie liegen in ihren Anfängen in den siebziger Jahren. Sie haben sich seitdem entwickelt mit der Konsolidirung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Frankreich, und die Entwickelung hat auch vor 1890 keinen Augenblick stillgestanden. Ja, sie hat damals in höherem Maße als jetzt das Augenmerk politischer und auch militärischer Kreise auf sich gelenkt.

Der Gedanke, daß es Aufgabe der deutschen Politik sei, zwei große Nationen zu trennen, hat niemals bestanden. Es würde uns die Opfer kosten, die wir nicht erschwingen können. Die Vorwürfe und Klagen, die jetzt gegen die Nichterneuerung des Vertrages erhoben werden, dinglichen jenen Beziehungen eine Bedeutung, die bisher nur unsere Feinde im Auslande ihnen beimaßen. Darin liegt die Warnung, wir möchten zu der ruhigen beobachtenden Haltung zurückkehren, die der Sachlage und unserer Würde entspricht. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß eine der kontinentalen Mächte einen Streitfall provoziren wird, dessen unmittelbare Folge wäre, daß die Gruppen der Mächte sich parallysiren und kompensiren.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende. Sie werden selbst zugeben, daß ich mit bestem Willen alles vermieden habe, was Erbitterung verursachen könnte. Trotz allem Bemühen bin ich außer Stande, aus den Enthüllungen einen praktischen Kern herauszuleisen. Der deutschen Politik ist der Weg genau vorgezeichnet: Unentwegtes Festhalten an unseren Bündnissen mit Oesterreich und Italien, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage, die ich vorhin angedeutet habe, Erhaltung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Mächten unter Achtung ihrer Rechte und nach Maßgabe der Achtung, die sie unseren Rechten gewähren, Bereitwilligkeit in allen Zeiten, unsere Machtstellung in die Waagschale des Friedens zu werfen. Gestützt auf diese Politik und im zuversichtlichen Vertrauen auf unsere Wehrkraft und alle Zeit entschlossen, nach außen hin die Einheit zu bekunden, die wir unserem großen Kaiser und seinem ersten Staatsmann verdanken, ist für den Deutschen keine Besorgniß vorhanden. Wir können getrost uns der Pflege unserer Güter widmen und mit voller Zuversicht in die Zukunft sehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Lieber** (Ctr.): Durch die Erklärungen des Herrn Vorredners bin ich in dreifacher Beziehung befriedigt, einmal, weil wir beruhigt sein können, daß seit 1890 unser Verhältniß zu Rußland ein gutes ist, dann daß keine englischen Einflüsse bei uns maßgebend sind, und endlich, daß das Mißtrauen gegen uns bei unseren Verbündeten wieder geschwunden ist. Im übrigen vertreten wir der Regierung gegenüber den gesunden Menschenverstand unsern Wählern gegenüber der Politik. Wir halten es nun und nimmermehr für richtig, daß ein solcher Geheimvertrag mit Rußland geschlossen wurde, und hätte jemals geschlossen werden können. Deutschland muß den Ruf, ein treuer Freund seinen Freunden zu sein, bewahren. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.): Von einer Beunruhigung haben wir nichts gemerkt (Lachen links und im Centrum.). Wir hätten eine Besprechung der Interpellation nicht für nöthig gehalten. Der Rückversicherungs-Vertrag mit Rußland war uns ganz heilsam und es würde vielleicht ganz gut sein, wenn wir in Zukunft wieder einen solchen Vertrag eingingen (Lachen links.) In der Praxis würden aus einem solchen Vertrage niemals solche Schwierigkeiten entstehen können, wie der Vorredner hier ausgemalt hat, besonders war das in einer so geschickten Hand nicht möglich. Die beiden ersten Punkte der Interpellation entziehen sich nach den Erklärungen des Reichskanzlers unserer Diskussion. Ganz besonders befriedigt bin ich, daß unser Verhältniß zu Rußland ein so gutes ist. Die Errungenschaften in Breslau überwiegen die Errungenschaften Frankreichs beim Zarenbesuch. Wir bieten mit unserer festen Monarchie Rußland eine ganz andere Bürgschaft als Frankreich mit seinen wechselnden Kammermehrheiten. Deutschland verbürgt den Frieden.

Abg. **Dr. Enneccerus** (nl.) Der Dreibund ist nicht nur ein Vertrag zwischen drei Herrschern, sondern hat auch in den Herzen der Völker Wurzel geschlagen. An diesem Dreibund wollen wir immer festhalten; aber der Dreibund ist nur ein Defensivbündniß und Deutschland könnte also daneben noch recht wohl einen Neutralitäts-Vertrag mit Rußland schließen. Oesterreich verfolgt ebenswenig agressive Zwecke wie wir. Der Reichskanzler hat uns mitgetheilt, daß keine Störungen in den Vertragsverhältnissen der verbündeten Staaten eingetreten sind, und darin sehen wir die volle Bestätigung unserer eigenen Ueberzeugung. Wir haben auch die Zusicherung mit hoher Genugthuung aufgenommen, daß die vom Fürsten Bismarck inaugurirte Politik festgehalten würde, die ich mit den zwei Worten bezeiche: Treues Festhalten an dem Dreibund unter gleichzeitiger Aufrechthaltung guter fester Beziehungen zu Rußland. Wir hoffen, daß diese Politik auch in Zukunft festgehalten werde und danken dem Reichskanzler für diese Zusicherung. (Bravo!)

Abg. Frhr. **von Gultlingen** (Rp.) erklärt, seine Partei, deren Anschauungen mit denen der Nationalliberalen und Konservativen sich decken, kann sich nur dann an der Besprechung betheiligen, wenn es nothwendig wäre, ungerechtfertigte Angriffe zurückzuweisen. (Beifall.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Der Dreibund beruht auf der Ueberzeugung der drei Nationen von seiner Nothwendigkeit, die nicht erschüttert werden darf. Gewiß schließt dieser Bund nicht aus, daß eine Dreibundsmacht mit anderen Mächten Verträge abschließt, denn jede Macht hat Interessen, die nicht durch den Dreibund gedeckt werden. Aber diese Sonderverträge dürfen doch nicht so sein, daß im Kriegsfalle einer der Verbündeten dadurch geschädigt würde; das wäre ein Verstoß gegen den Dreibund. (Sehr richtig!) Damit würde das Vertrauen erschüttert, auf dem dieser Vertrag beruhen muß. Das Vertrauensverhältniß ist durch die Verletzung der Geheimhaltung des deutsch-russischen Vertrages schwer verletzt worden, und wir erklären, daß wir auf das gute Verhältniß zu Oesterreich wegen der engen Nachbarschaft und der alten früheren Beziehungen nicht verzichten. Dies wird bedingt durch die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel, wo wir, wenn es auch nicht zum Einschreiten für Oesterreich käme, doch stets freie Hand hätten haben müssen, und diese Möglichkeit, frei zu handeln, wurde durch jenen Rückversicherungsvertrag uns genommen. Wenn diese Veröffentlichung geschehen wäre, als noch der deutsch-österreichische Handelsvertrag schwebte, was würde dann geschehen? Dann hätte der Dreibund gerade in dem Augenblick versagt, wo er sich hätte praktisch bewähren sollen. Wie sicheret denn übrigens zu diesem Vertrag die Massenausweisungen von Deutschen aus Rußland, die fortgesetzten Zollerhöhungen, obgleich wir doch sozusagen in die Hand des Zaren gegeben waren? Niemals war unser Verhältniß zu Rußland so unsicher, so fruchtlos wie gerade in jenen Tagen. Aus dieser Rückversicherung ist gerade damals das Mißtrauen des Zaren entstanden, weil er sich vor einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961117021/fragment/page=0001

ähnlichen Rückversicherung fürchten mußte. Was Bismarck nicht gelungen ist, das war die Abschließung des russischen Handelsvertrags, den wir seinem Nachfolger verdanken (Auf rechts: Leider!), und man mag wirthschaftlich denken wie man will, seine hohe politische Bedeutung ist nicht zu verkennen. Welchen Grund hatte nun Fürst Bismarck, dies Staatsgeheimniß zu veröffentlichen? Er sagt, der Besuch des Zaren in Frankreich hätte die stets aktuelle Frage einer Herausforderung verschärft; so wäre die Veröffentlichung nöthig gewesen, um einem Angriff vorzubeugen. Aber damit hat er weder Frankreich noch Rußland einen Dienst erwiesen; Frankreich braucht keine Belehrung der Hamburger Nachrichten" über sein Verhältniß zu Rußland und Rußland hat sich beleidigt gefühlt. Wir hatten es hier nur mit einer allgemeinen Verdächtigung der leitenden Männer zu thun, die die Interessen des Reiches preisgab, und ich fordere den Grafen Bismarck auf, diese Verdächtigungen zu erhärten. (Bravo! links.) Diese Anklagen sind unberechtigt. Sind unsere Beziehungen zu anderen Ländern durch diese Enthüllungen besser geworden? Ich sage nein. Dieses Vorgehen des Fürsten Bismarck gleicht der Handlungsweise eines Mannes, der eine 24 cm-Kanone ins Dunkle abfeuert, ohne sich der Folgen bewußt zu sein, und wenn in diesem Fall die Detonation stärker war als die Wirkung, so ist es nicht das Verdienst des Schützen. Es ist richtig, mit Rücksicht auf die Krankheit, auf das Alter des Fürsten Bismarck müssen wir hier Gnade für Recht ergehen lassen (Gelächter rechts), aber eines starken Vertrauensbruches ist er doch schuldig. (Sehr richtig links!) Sein jetziges Verhalten zeigt, daß wir ihn einst nicht mit Unrecht des Hausverrathums beschuldigten. Menschlich kann ich ja den Fürsten Bismarck verstehen; er hatte sich in den Gedanken hineingelebt, bis an sein Lebensende zu herrschen; so hält er jede folgende Regierung für eine Fremdherrschaft, jeden neuen Reichskanzler für einen Eindringling in sein Familieneigenthum (Sehr richtig und Lachen links.) Dazu ist aber Fürst Bismarck erst durch seine blinden Anhänger gekommen; er ist durch ihre Beweihräucherung irre geführt worden, wovor ihn seine große Natur sonst bewahrt hätte. Fürst Bismarck mag seine Natur in öffentlichen Angelegenheiten so stark zum Ausdruck bringen wie er will, er mag die Handelsverträge, den Bimetallismus bekämpfen, aber er möge in auswärtigen Dingen sich die Zurückhaltung auflegen, die er uns früher stets empfohlen hat und die zu beobachten wir stets für unsere patriotische Pflicht gehalten haben. (Beifall links.)

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) Wir sind dem Fürsten Bismarck stets von Herzen dankbar gewesen und sind es noch; er ist ein Mensch wie wir alle, er hat seine Fehler, aber die Lichtseiten seines Charakters, seines Geistes, seiner Thaten sind so groß, daß jeder wirklich deutsche Mann ihm aufs tiefste dankbar sein muß. Was das Interview betrifft, so berechtigt mich Graf Bismarck zu erklären, daß er davon nichts weiß, daß er es für apokryph halte. In dem russischen Handelsvertrag sind wir allerdings zu freundlich gegen Rußland gewesen, das gebe ich dem Abg. Richter zu. (Sehr richtig! rechts.) Dem Herrn Reichskanzler und Frhrn. v. Marschall ist die rechte Seite des Hauses aufrichtig dankbar für ihre Erklärungen; wir möchten ihm aber doch die Rückversicherung empfehlen, denn hierbei steht auf der einen Seite der Fürst Bismarck und auf der anderen das System Lieber-Richter; da kann die Entscheidung nicht schwer sein. (Heiterkeit rechts.) Wie die linke Seite über diese Politik des Fürsten Bismarck auch denken mag, daß kann ich und jeder, der den großen Mann näher kennt, versichern, aus kleinlichen persönlichen Motiven hätte er nie so gehandelt. (Lebhafter Beifall rechts.) Er ist stets in seiner Politik von dem Wunsche getragen worden, dem Volke und dem Vaterlande einen großen Dienst zu erweisen. (Lebhafter Beifall.) Das zu bezweifeln, zu glauben selbst, daß diese Enthüllungen sich gegen die Krone richten, daß ist der Gipfel der Unverschämtheit. Ein Mann, der soviel für das Königthum, für die Stärkung der Monarchie gethan hat, wie Fürst Bismarck, der hat sich schon damit unsterblichen Ruhm erworben, der hat auch bis an sein Ende monarchisch. (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn aber gewisse Herren mit ihren Angriffen gegen einen solchen Mann sich eine Art herrührtischen Ruhmes haben erwerben sollen, so gönne ich ihnen den von Herzen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Die Praxis der Rückversicherung, wie sie Fürst Bismarck beobachtet hat in seiner Politik, ist die Praxis der Hemmschuhe und der Spielhöllen, sie beruht auf einer unehrenhaften Handlung. Wenn dem Fürsten nicht persönliche Motive zur Veröffentlichung dieses Rückversicherungsvertrages trieben, so waren es die Motive eines politischen Verbrechers. (Oho und lebhafter Widerspruch rechts.) Die jetzige Allianz zwischen Rußland und Frankreich ist von uns schon lange vorausgesehen worden; wir haben stets darauf hingewiesen, daß die Annexion Elsaß-Lothringens Frankreich nicht dazu treiben müßte, eine Annäherung an Rußland zu suchen. Das ist nun geschehen. Redner giebt dann einen geschichtlichen Ueberblick über unsere Beziehungen zu Rußland in den letzten Jahrzehnten, die friedlich gewesen sei bis zu jener Rede Bismarcks am 18. Januar 1888, in welcher er erklärte, daß wir Rußland nicht nachlaufen. Der Dreibund ist aber keine absolut sichere Friedensgarantie, solange England isolirt steht. Wenn es zum Kriege mit Rußland kommt, wenn unsere Flotte am ersten Tage weggefegt wird, denn die Uebermacht ist zu groß, was soll denn dann geschehen, wer soll unsere Schiffe übers Meer geleiten, wer soll uns verproviantiren? Das kann nur geschehen, wenn England auf unserer Seite steht. Die „Enthüllungen" haben wenigstens das eine Gute gehabt, daß sie die diplomatische Moral klargelegt haben, die Moral der Geheimverträge, die dieselbe Moral ist wie die der bürgerlichen Gesellschaft und wie diese umgeändert werden müßte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Den Abg. Liebknecht können wir wirklich nicht ernsthaft nennen, wenn er den Fürsten Bismarck einen „Verbrecher" nennt. Die Erklärungen der Regierung geben uns kaum zu Angriffen oder Einwendungen Anlaß, wir haben daraus nur gelernt, daß es in der Politik mehr auf die leitenden Männer und das Vertrauen ankommt, als auf die Verträge. Die Art und Weise, wie Abg. Richter über den Fürsten Bismarck geurtheilt hat, ist ja schon sehr alt, schon 1864 hat Prof. Virchow geäußert, Bismarck habe überhaupt keine leitenden Gesichtspunkte in seiner Politik, er habe kein Verständniß für das nationale Wesen, für das, was aus dem Herzen des Volkes kommt. (Lachen rechts). Das ist dasselbe, was Abg. Richter noch heute sagt und aus alledem fühlt man heraus: wenn Abg. Richter an der Spitze Deutschlands gestanden hätte, so wäre alles besser. (Heiterkeit) rechts) Diese Beurtheilung des großen Mannes erinnert lebhaft an die Kritiker, die Goethe einst verkleinern wollten; wie sicht man auf die heute herab, und man sagt, die Leute waren ja zu klein, um den richtigen Maßstab für die Beurtheilung des großen Mannes zu finden. (Sehr richtig! rechts.) Daß England unser Bundesgenosse nicht werden kann, weil es seine Interessen rücksichtslos verfolgt und am liebsten unsere Truppen gegen Rußland marschieren ließe, das weiß jeder, der das A B C der Politik kennt. (Heiterkeit rechts) Wenn die Herrn links immer so abfprechend urtheilen über den Fürsten, ihm so niedrige Motive zuschieben, so scheint es mir immer, als hätten die Herrn mit ihrem eigenen Politikern so schlechte Erfahrungen gemacht (Oho! links) Wir sind überzeugt, daß Fürst Bismarck in jedem Augenblick bereit ist, alles für das Wohl des Vaterlandes hinzugeben und auch hier für das Wohl des Vaterlandes gehandelt hat. Das glauben mit uns Millionen von Deutschen. (Bravo!) Wir haben aus den heutigen Erklärungen der Regierung den Eindruck gewonnen, daß wir uns durch fremde Einflüsse nicht stören lassen, sondern nur von deutschen Einflüssen leiten lassen wollen. Das mögen auch die Parteien bedenken, die den Fürsten Bismarck beschden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natlib.): Ich erkläre im Namen unserer ganzen Partei und unserer Freunde draußen, daß wir auch jetzt die Stellung wahren, die wir stets zum Fürsten Bismarck eingenommen haben. Wir haben gar nicht gehört, daß die Verpflichtung zur Geheimhaltung jenes Vertrages bestanden hat, können auch keine Doppelzüngigkeit annehmen, denn der Vertrag war, wie wir wohl annehmen müssen, gebilligt von unserem Kaiser und durch die Unterschrift der Kaiser gebilligt. Wie kann man da von Vertragsbruch sprechen? Zumal Fürst Bismarck stets erklärt hat, er habe das volle Vertrauen des Zaren, der nur das eine befürchtete, daß Fürst Bismarck nicht dauernd im Amte bleiben würde. Wie kleinlich wirken da die Verdächtigungen, die man heute gegen den Mann geschleudert hat, der ein unvergängliches Werk geschaffen und sein Leben dem Könige und dem Vaterlande gewidmet hat. Diese Verleumdungen fallen auf die Urheber zurück. Wir sind stets stolz darauf gewesen, daß wir zum Fürsten Bismarck gestanden haben, wir haben auch unsern Groschen für das Wohl des Reiches gegeben (Abg. **Bebel**: Und Millionen dafür eingesteckt. Heiterkeit.), wir sind dem Fürsten Bismarck auch heute dankbar, daß er Wasser in den starken Wein der französischen Begeisterung gegossen hat. Wir rufen der linken Seite des Hauses zu: ein Volk, das seine großen Männer nicht ehrt, ist ihrer nicht werth (Beifall).

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antisem.) Herr Liebknecht ist ja mit seinen Angriffen gegen den Fürsten Bismarck schon abgefertigt worden. Es scheint, daß die Sozialdemokraten ihn heute nur vorgeschickt haben, um zu zeigen, daß sie ihm mit Recht die Fähigkeit zur Leitung des „Vorwärts" auf dem Parteitag abgesprochen haben. (Große Heiterkeit.) Auch Abg. Richter sollte sich nicht so aufs hohe Pferd setzen und unsere Partei Franctireurs nennen, zumal seine Partei beständig abnimmt, so daß man bald sagen wird: „Nur eine dicke Säule zeigt von verschwundener Pracht!" (Große Heiterkeit.) Wir danken um so mehr der Regierung für ihre Erklärungen und die Ehrung des Fürsten Bismarck, für die schon mit Recht Abg. Lieber gesprochen hat. Fürst Bismarck hat seine Politik vertheidigen wollen, weil er angegriffen war, das Recht kann ihm niemand bestreiten. Daß er aber in seiner Vertheidigung sich nicht vergreifen würde, daß er das Richtige treffen würde, das haben Millionen seiner Anhänger vorausgesehen und sind von neuer Bewunderung für den genialen Staatsmann erfüllt worden. Eine Beunruhigung im großen hat überhaupt nicht stattgefunden. Ich halte es auch für falsch, wenn man den Fürsten Bismarck lediglich als Privatmann hinstellt, als Mitarbeiter des großen Kaisers ist er noch heute verantwortlich für sein Werk; er bleibt vor seinem Gewissen und der Weltgeschichte der erste, unabsehbare Kanzler. (Lachen links.) Wenn Sie deshalb lachen, m. H., erinnere ich Sie an das bekannte Sprichwort. Ich möchte Sie auch noch daran erinnern, wenn sie sich über die „Enthüllungen" beklagen: Quod licet Jovi, non licet deo minorum gentium (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Dieser ganze Feldzug gegen den Fürsten Bismarck hat doch viel Aehnlichkeit mit jener Fabel vom sterbenden Löwen, dem einer zuletzt noch einen Fußtritt versetzt, es war ein Esel, — außerhalb des Hauses. (Stürmische Heiterkeit.) Für uns verkörpert sich in dem Namen „Bismarck" der Stolz des deutschen Volkes auf seine Vergangenheit. die Klage um seine jetzige traurige Gegenwart; für uns ist der Name Bismarck ein Programm gegen alle Feinde des Deutschen Reiches, gegen Revolution und Umsturz. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. **Haußmann** (deutsche Vp.): Graf Bismarck ist doch ein sonderbarer Vertreter seines Vaters, wenn er ihn gegen alle diese Angriffe nicht vertheidigt, sondern es der Partei Ahlwardt überläßt, sich mit dem großen Namen Bismarck zu drapiren. Was er mit den Enthüllungen gewollt hat, dah weiß ja keiner auf jener Seite; aber sie schwören doch auf seine Worte. Das Recht, sich zu vertheidigen, wollen wir ihm nicht bestreiten, aber daß er die gegenwärtige Regierung angreift, das geht doch weit über dies Recht hinaus. Friedensgarantien werden durch solche Verträge nicht gegeben, sondern nur durch Handelsverträge, die die gemeinsamen Interessen der Völker befriedigen. Das zeigt ja auch der Umstand, daß man gerade zur Zeit des sogenannten Rückversicherungsvertrages dem deutschen Volke vorgeredet hat, daß der Krieg vor der Thür sei. Diese Enthüllungen haben keinen anderen Zweck, als den Nachfolgern des Fürsten Bismarck Schwierigkeiten zu bereiten, wie er einst in Sachen auch die Schlagworte gegen den österreichischen Handelsvertrag ausgegeben hat. Daß der Vertrag an sich richtig war, können wir nicht zugeben; viel größere Interessen ziehen uns zu England als zu Rußland, und es ist eine falsche Politik, die eine Verbitterung in unseren Beziehungen mit England herbeiführt. „Blut ist dicker als Braunwein." (Heiterkeit.)

Ich glaube, wir können auf diese Enthüllungen das Wort anwenden von dem Geist, der stets das Böse will und doch das Gute schafft; sie haben wenigstens gezeigt, daß diese diplomatischen Verträge nur einen verschwindenden Werth haben, wenn sie nicht getragen sind von den Gefühlen des ganzen Volkes. (Beifall links.)

Abg. **Rickert** (Freis Vgg.): Bei allen diesen Debatten ist der Kern der Frage ganz vergessen worden: war Fürst Bismarck berechtigt zu den Enthüllungen; hat er dem Vaterlande einen Dienst oder einen Schaden erwiesen. Da stehen wir ganz auf dem Boden der Erklärung der Regierung; wir haben gehört, daß es sich hier um Staatsgeheimnisse handelt, und da legen wir uns die Zurückhaltung auf, die wir uns zu Bismarck's Zeiten stets auferlegen mußten. Wir sind der Zuversicht, daß die Vertragstreue unserer Verbündeten nicht gelitten hat und nicht leiden kann; daß alle Beunruhigung nunmehr geschwunden ist, das ist die beste Frucht der heutigen Verhandlung.

Darauf wird die Besprechung geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Richter** erklärt, er könne dem Abg. v. Liebermann die Aeußerung über seine Person nicht übel nehmen. Herr v. Liebermann gehöre zu denjenigen Personen, über deren Scherze diejenigen Herren zu lachen pflegten, die sich selber zu vornehm halten, sie zu machen. (Heiterkeit)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Es kommt nicht darauf an, wer die Scherze macht, sondern ob sie treffen und ob man über den Scherz lacht oder über die Person. Bei dem Abg. Richter lacht man meistens über die Person. Der Abg. Haußmann hat unrecht, Ahlwardt unserer Partei zuzurechnen. Er sollte wissen, daß wir es mit Ahlwardt vierzehn Tage versucht haben, und daß dieser kleine Versuch mit seiner Entfernung geendet hat. Ahlwardt hat sich darauf, dem Drange seines Herzens folgend, in die Nähe des Herrn Haußmann gesetzt. (Heiterkeit.)

Abg. Graf **Bismarck**: Was die Aeußerungen des Abg. Richter betrifft, so kann ich nur wiederholen, was Graf Mirbach schon für mich zu erklären die Güte hatte. Das neueste Interview ist mir vollkommen unbekannt, und ich muß es infolgedessen für apokryph halten. Der Abg. Haußmann hat sich auch persönlich mit mir beschäftigt, und soweit ich seine Mundart verstehen konnte, etwas von Amerika und Doppelwährung und einem Interview gesagt. Ich habe, so lange ich im Hause bin, niemand ein Interview ertheilt. Vor 14 Tagen hat sich in Schönhausen wider meinen Wunsch und Willen jemand gemeldet, und weil es draußen gerade kalt war (Heiterkeit), habe ich ihn ins Haus treten lassen und ihm gesagt, ich hätte nicht die Absicht, mich über Bimetallismus zu äußern und habe ihn ersucht, mit dem nächsten Zuge wieder abzureisen; das hat er gethan. Diese Unterredung hat vor Zeugen stattgefunden. Von einem Interview kann also keine Rede sein. Der Abg. Haußmann hat ferner die Ansicht ausgesprochen, ich hätte mich heute in der Hauptdiskussion zum Worte melden sollen. Dazu hatte ich wohl keinen Anlaß. Es fehlte für eine sachliche Diskussion nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Basis. Daß es für mich angemessen gewesen wäre, aus anderen Gründen zu reden, diese Ansicht des Abg. Haußmann vermag ich nicht zu theilen. Es ist das eine Frage des Taktgefühls, das bei verschiedenen Leuten verschieden entwickelt ist. (Sehr richtig! rechts.) Ja, ich gehe sogar so weit, zu glauben, der Abg. Haußmann hätte seinem Ansehen mehr genützt, wenn er heute nicht geredet hätte. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Lieber** (Ctr.): Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg irrt, wenn er glaubt, ich hätte meine Freude über die Ehrung des Fürsten Bismarck ausgesprochen. Ich habe den Namen desselben gar nicht genannt.

Abg. **Haußmann** (frs. Vp.): Ueber Fragen des Taktes kann ich mich mit dem Abg. Graf Bismarck nicht unterhalten. Ich bin der Ansicht, daß im Punkte des Taktes die Familie Bismarck gegenwärtig nicht mehr auf der Höhe der Situation steht. (Rufe: Pfui! rechts und auf den Tribünen.) Den Abgeordn. Ahlwardt habe ich nicht zu der Partei des Abg. Liebermann gerechnet; es giebt ja in seiner Partei 7 Linien wie in der Familie des Fürsten Bismarck, und da kann man nicht wissen, wer den einzelnen angehört. Ich habe nur aussprechen wollen, daß die Herren Ahlwardt und Liebermann einander werth sind.

Abg. **Liebermann** (Antis.): Der Abg. Haußmann zeigt mit seiner Erwiderung nur, daß er ein kurzes Gedächtniß hat oder die Unwahrheit gesagt hat, weil er es nicht besser versteht.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Interpellation Mundel, betr. das Duellwesen.

Schluß 6¼ Uhr.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Jena, 16. Nov. Prof. Dr. Alexander Brückner, früher in Dorpat, ist hier gestorben.

Münster i. W., 16. Nov. Der bisherige Privatdozent Dr. Pieper hierselbst ist zum außerordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der hiesigen Akademie ernannt worden.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— Auf Initiative eines Komitees, dem außer verschiedenen Aerzten aus Norwegen, Schweden und Dänemark auch Geheimrath Professor Robert Koch und Professor Lassar aus Berlin angehören, wird im Oktober 1897 eine Aussatzkonferenz in Berlin zusammentreten, um Vorkehrungen gegenüber der Verbreitung der Seuche in Erwägung zu ziehen. Zu der Konferenz werden Vertreter der Regierungen der interessirten Länder eingeladen werden.

— Professor Koch ist gestern mit Gemahlin an Bord des Dampfers „Dunnolard Castle" von London nach Kapstadt abgereist.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 16. November 1896.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
40 Rinder,							31	9
davon: 2 Ochsen,	—	—	—	—	—	—	2	—
5 Färse,	32	—	29	—	—	—	5	—
17 Kühe,	30	—	27	—	24	—	17	—
16 Bullen,	31	—	28	—	—	—	7	9
3 Kälber,	—	—	—	—	—	—	3	—
20 Hammel (Schafe)	27	—	—	—	—	—	20	—
162 Schweine, davon:	—	—	—	—	—	—	—	—
162 Landschweine,	—	56	—	54	—	50-52	112	50
— Ungarische.	—	—	—	—	—	—	—	—

Geschäftsgang: mittelmässig. Goltz.

Getreide.

New York, 16. Nov. [Telegr.] Rother Winterweizen 95¾, Weizen Nov. 85¾, Dezember 86⅝, März 89¾, Mai 87⅞, Mais Nov. 30¾, Dez. 31¼, Mai 34½. Mehl 3.50. Getreidefracht 5½.

Chicago, 16. Nov. [Telegr.] Weizen Nov. 77¾, Dez. 78¼, Mais Nov. 24⅞.

* Hamburg, 16. Nov. Weizen loco ruhig, holst-inischer loco neuer 172–176. Roggen loco ruhig, hiesiger —, mecklenburgischer loco neuer 131–136, russischer loco fest, 98–99. Hafer ruhig. Gerste fest.

* Stettin, 16. Nov. Weizen fest, loco 170—172, per Nov. —, per Nov.-Dez. —. Roggen ruhig, loco 129—130, per Nov —,—, per Nov.-Dez. —,—. Pomm Hafer loco 128—134.

* Wien, 16. Nov. Weizen per Herbst — Gd., — Br. per Frühjahr 8,74 Gd., 8.76 Br., Roggen per Herbst — Gd., — Br., per Frühjahr 7,47 Gd., 7,49 Br. Hafer per Herbst — Gd., — Br., per Frühjahr 6,47 Gd., 6,48 Br.

* Pest, 16. Nov. Weizen loco fest, per Herbst — Gd. — Br., per Frühjahr 8 31 Gd, 8,33 Br. Roggen per Herbst — Gd. — Br, per Frühj. 7,00 Gd., 7,02 Br. Hafer per Herbst — Gd. — Br., per Frühj. 6,03 Gd., 6,05 Br.

Zucker.

Magdeburg, 16. Nov. [Orig.-Telegr.] Kornzucker excl. von 92proz. Rendement —,— Kornzucker excl., 88proz. Rend. 10,10—10,20. Nachprodukte excl. 75prozent. Rend. 7,55—8,20. Stetig. Brodraffinade I. 23,75 Brodraffinade II. 23,50. Gem. Raffinade mit Fass 23,75—24,00. Gem. Melis I., mit Fass 22,75 Ruhig. Rohzucker I. Produkt Trans-ito f. a. B. Hamburg pr. November 9,45 Gd, 9,50 Br., pr. Dezember 9,55 bez. und Br. per Januar-März 9,60 Gd, 9,65 Br., pr. April-Mai 9,92½ Gd, 9,95 Br., pr. Juni Juli 10,07½ Gd., 10,12½ Br Ruhig.

* Paris, 16. Nov (Schluss Rohzucker ruhig, 88° loco 25¾-26, Weisser Zucker behauptet, Nr 3, per 100 kg, per Nov. 27⅝, per Dez. 27⅞, per Jan.-April 28½, per März-Juni 29.

* London, 16 Nov 96% Javazucker 12 fest, Rüben-Rohzucker loco 9 7/16 träge. Centrifugal —.

Kaffee.

* Hamburg, 16. Nov. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack.

* Hamburg, 16 Nov (Vormittags eri ht) Good average Santos per Dez 52½, per März 53, per Mai 53¼, per Juli 53¼. Behauptet.

* Hamburg, 16. Nov. (Nachmittagsbericht.) (Bericht der Hamb. Firma Joswich u Comp.) Kaffee good average Santos, per Dez. 52½, per März 53, per Mai 53¼, per Juli 53¼. Behauptet.

* Hamburg, 16. Nov. Abends 6 Uhr (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per Nov. 52, per März 53. Ruhig.

* Havre, 16. Nov. Vorm. 10 Uhr 30 Min (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u Co.) Kaffee good average Santos per Nov. 63,00, per Dez. 63,00, per März 63 75. Ruhig.

* Amsterdam, 16. Nov Java-Kaffee good ordinary 50.

Petroleum.

* Stettin, 16. Nov Loco 11.20

* Hamburg, 16. Nov. Petroleum ruhig, Standard white loco 6.80.

* Bremen, 16. Nov (Börsen Schluss Bericht.) Raffinirtes Petroleum (offiz. Notirung der Bremer Petroleum Börse) Ruhig. Loco 6 80. Russisches Petroleum. Loco — fest.

* Antwerpen, 16. Nov. (Schluss Bericht) Raffinirtes Type weiss loco 19 bez. u. Br., per Nov. 19 Br., per Jan. 19¼ Bez. u Br., per Jan März 19¼ Br. Fest.

* New York, 16. Nov. Petroleum Standard white in New York 7,15, do. in Philadelphia 7,10, do rohes (in Cases) 8,10 do. Pipe line Certific. per Nov. 120,00 nominell.

Viehmärkte

Berlin, 14. Nov. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf standen: 3066 Rinder, 8867 Schweine, 886 Kälber, 9606 Hammel. Das Rindergeschäft wickelte sich ruhig ab. Feine Stiere (junge Ochsen) waren sehr schwach vertreten und wurden geräumt bei Notiz bezahlt. Es wird ziemlich ausverkauft. I. 58 60, ausgesuchte Posten darüber; II. 51–55, III. 44 49. IV. 37—42 M. für 100 Pfd. Fleischgewicht. — Der Schweinemarkt verlief langsam und wurde nicht ganz geräumt. I 50 51, ausgesuchte Posten darüber; feine schwere fette Schweine von 300 Pfd. und darüber (Kaser) bis 55 M, II. 48–49, III. 45–47 M. für 100 Pfd mit 20 Prozent Tara. — Der Kälberhandel gestaltete sich trotz des nicht zu starken Angebots schleppend. I. 59–62, ausgesuchte Waare darüber. II. 54–58. III. 50—53 Pfg. für das Pfund Fleischgewicht. — Am Hammelmarkt war der Auftrieb reichlich stark; die Preise wichen, auch blieb nicht unerheblicher Ueberstand I. 47 55, Lämmer bis 55, II. 42–44 Pfg für das Pfund Fleischgewicht. — Schleswig-Holsteiner 23–31 Pfg. das Pfund Lebendgewicht. — Der nächste Markt ist Dienstag, den 17. November.

Chemische Produkte.

* London, 15 Nov Chilisalpeter, ordinär 7 sh, 10½ d, raffinirt 8 sh. 3 d.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18961117021/fragment/page=0002